

Trierischer Volksfreund aus unserem Archiv vom 27. Juni 2003

Kommentare: [Kommentare zeigen](#) [Drucken](#)

Kleeburger Weg zu

TRIER. (red/rm.) Mit Verkehrs- und Bebauungsplan-Fragen rund um den Petrisberg befasste sich der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung.

Einstimmig verabschiedete der Stadtrat den Bebauungsplan BU 16 "Petrisberg-Ost". Gegenüber der öffentlichen Auslegung haben sich in Abstimmung mit der Entwicklungsgesellschaft Petrisberg einige Änderungen ergeben. Grünflächen am Rand der Kohlenstraße fallen zugunsten eines Gewerbe- und Mischgebiets weg. Eine mögliche neue Straße zur Wohnsiedlung Burgunder-/Frankenstraße wurde in den Plan aufgenommen.

Da sich der Bebauungsplan BU 16 mit dem bereits bestehenden Plan "Nördlich Pluwiger Straße" überschneidet, wird dieser teilweise aufgehoben.

In Straßen des Aveler Tals, die nicht von der geplanten Ortsumgehung Kürenz profitieren, wird die Lärmbelastung steigen. Betroffene können sich auf Antrag die Kosten für Schallschutz-Fenster und schallgedämmte Dauerlüfter erstattet lassen. Damit soll die Wohnqualität verbessert werden. Aktiver Schallschutz oder eine Änderung der Verkehrsführung sind nicht möglich. Für das Projekt stehen 280 000 Euro im Vermögenshaushalt 2003 zur Verfügung.

Ihren Antrag den Lärmschutz auszudehnen, zog die CDU-Fraktion wieder zurück. Wie Baudezernent Peter Dietze mitteilte, gebe es für eine Ausweitung keine rechtliche Grundlage.

Als weiterer Vorbereitungsschritt für die Errichtung von Parks für die Gartenschau, des Wissenschaftsparks und Wohnhäusern auf dem Petrisberg beginnt das Stadtvermessungsamt mit der Baulandumlegung. Das ist nötig, weil die jetzige Lage, Form und Größe der Grundstücke nicht immer den neuen Anforderungen entspricht und Korrekturen erforderlich sind. Auch diesen Beschluss fasste der Rat einstimmig.

Ab sofort gibt es kein Durchkommen für Autos mehr am Kleeburger Weg. Bis zum Abschluss der Landesgartenschau Ende Oktober 2004 bleibt der Kleeburger Weg gesperrt. Anschließend wird das obere Teilstück des Weges nur noch für landwirtschaftlichen Verkehr freigegeben. Einen entsprechenden Beschluss hat der Bau-Dezernatsausschuss nach einem Antrag der UBM-Fraktion gefasst. Baudezernent Dietze informierte darüber in der Stadtratssitzung.